

PRESSEMITTEILUNG

Drei Milliarden Euro innerhalb von fünf Jahren in Landwirtschaft und ländliche Räume geflossen

LM

Schwerin, 11.08.2026
Nummer 250/2026

Im Rahmen der Landespressekonferenz hat Agrar- und Umweltminister Dr. Till Backhaus die aktuelle Situation der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern skizziert. Demnach seien erhebliche Mittel für die Landwirtschaft, die ländlichen Räume bereitgestellt worden. Dennoch wachse der Druck auf die Branche multidimensional:

„Dass Hitzewellen und Dürren schlecht für die Landwirtschaft sind und sowohl den Ackerbau als auch die Tierproduktion belasten, muss nicht mehr extra betont werden, denke ich“, so der Minister. „Aber auch Regelungen von Seiten der EU, dem Bund und Verwerfungen auf den internationalen Märkten durch Kriege, Krisen und präsidiale Machtspiele, die an Klan-Kriminalität erinnern belasten die Betriebe in bisher beispielloser Art und Weise.“

Die Ernteaussichten seien bisher durchschnittlich, führt der Minister weiter aus. Angesichts der schlechten Preise erwarte er aber keine Erleichterung der Liquiditätssituation:

„Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten haben Betriebsmittel, insbesondere Treibstoffe und Düngemittel, deutlich verteuert. Gleichzeitig werden weltweit gute Erträge erwartet, sodass die Erlöse nicht entsprechend mitziehen werden – für Weizen werden sogar rund 10 % niedrigere Preise erwartet.“

Das zuletzt ausgewertete Wirtschaftsjahr 2024 lag bereits unter dem mehrjährigen Durchschnitt. Legt man diesem Abschluss die aktuellen Preise zugrunde, ergäbe sich im Vergleich zu 2024 ein nochmals um etwa 300 € / ha LF niedrigeres Ergebnis,

Ministerium für
Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche
Räume und Umwelt
Mecklenburg-Vorpommern
Paulshöher Weg 1 | 19061 Schwerin

V.i.S.d.P. Eva Klaußner-Ziebarth
e.klaussner-ziebarth@lm.mv-regierung.de
www.lm.mv-regierung.de

beziehungsweise fast 33.000,- € je Arbeitskraft weniger. Das sind alarmierende Zahlen.

Damit könnte für Ackerbaubetriebe 2026 das wirtschaftlich schlechteste Jahr der letzten zehn Jahre werden.“

Aktuelle Erzeugerpreise

	Erzeugerpreise in €/t					
Kultur	2023	2024	2025	Jan 2026	Mai 2026	Juli 2026
Raps	435,-	442,-	473,-	453,-	485,-	503,-
Eliteweizen	253,-	240,-	209,-	188,-	192,-	205,-
Brotweizen	225,-	195,-	186,-	172,-	183,-	190,-
Qualitätsweizen	237,-	216,-	195,-	176,-	188,-	198,-
Futterweizen	204,-	177,-	174,-	162,-	171,-	176,-
Futtergerste	185,-	160,-	167,-	167,-	167,-	164,-
Futtertriticale	182,-	134,-	138,-	142,-	147,-	157,-
Futtererbse	237,-	243,-	211,-	191,-	183,-	180,-
Ackerbohne	239,-	234,-	210,-	197,-	194,-	205,-
	Erzeugerpreise in €/dt					
Kartoffeln	35,-	34,-	25,-	13,-	9,50	7,-

Quelle: AMI Juli 2026 frei Erfassungslager

Die Erzeugerpreise seien aber nicht nur im pflanzlichen Bereich schlecht. Betroffen sei auch der tierische Bereich.

„Die Milcherzeuger befinden sich nach wie vor im Tal des Preistiefs, von den Schweineproduzenten mag ich kaum mehr reden. Nach meiner Ansicht ist der Lebensmitteleinzelhandel aufgefordert, seiner regionalen Verantwortung endlich gerecht zu werden. Die Schweinehaltung in Deutschland darf nicht allein

gelassen werden. Die Insolvenz Geestferkel GmbH ist ein Menetekel für die gesamte Branche.“

Die wirtschaftliche Lage habe sich in den vergangenen Jahren immer weiter verschärft. Für Ferkel würden derzeit teilweise lediglich 30,- Euro je Tier erzielt. Das entspreche einem Verlust im Deckungsbeitrag von mehr als 25,- Euro je Tier. Auch die Mastschweinehaltung stehe massiv unter Druck. Bei einem Erlös von rund 1,40 Euro je Kilogramm Schlachtgewicht entstehe ein Minus von mehr als 50,- Euro pro Schwein.

Vor diesem Hintergrund kritisiert der Minister die geplanten Änderungen bei der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP):

„Die Vorschläge zur künftigen Gestaltung der GAP nach 2028 sind ein Schlag ins Gesicht der ostdeutschen Landwirtschaft. Ich werde nicht müde zu betonen: Kappung und Degression lehnen wir ab. Sie schwächen einseitig die ostdeutschen Landwirtschaftsbetriebe. Für MV kann erwartet werden, dass die Kappung ab 100.000, - € ca. 1.000 Antragsteller betrifft. Von den aktuell gezahlten ca. 314 Mio. € würden nach dem Modell dann ab 2028 nur noch ca. 151 Mio. € zur Zahlung gebracht werden. Das sind über 160,- Mio. Euro pro Jahr weniger für die Direktzahlungen an Landwirte. Dies bedeutet eine Schwächung des ländlichen Raums, die auf keinen Fall hinnehmbar ist.“

Mecklenburg-Vorpommerns Landesregierung habe die ländliche Entwicklung stets im Blick gehabt. Sie seien die tragende Säule des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

„Über die Prämienzahlungen sind allein in den Jahren 2021 bis 2025 rund zwei Milliarden Euro nach MV geflossen. Über das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) konnten seit 2023 254 Vorhaben gefördert werden. Das förderfähige Investitionsvolumen betrug rd. 129 Mio. EUR. Rund 28,6 Mio. EUR wurden durch die landwirtschaftlichen Unternehmen in spezifische Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz (SIUK, z.B. Maschinen im Außenbereich, Behälterabdeckungen, Abluftanlagen u.a.) investiert. Ebenso werden Kleinstunternehmen unterstützt, Junglandwirte gefördert, ebenso wie die Stärkung der Forschung, Züchtung und

Entwicklung. Dieser Weg ist für mich alternativlos“, so Minister Backhaus.

Ergänzend betrachtet der Klimaschutzminister auch den Energiesektor. Die Lage im Nahen Osten bleibe volatil und belaste alle Verbraucher im Land. Von großer Bedeutung sei es daher, sich unabhängig von Energieimporten zu machen und gleichzeitig Wertschöpfung im eigenen Land zu gewährleisten. Gerade im ländlichen Raum bestünden dazu die besten Voraussetzungen:

„Neben Wind- und Solarkraft spielt im ländlichen Raum das Thema Biogas eine oft unterschätzte Rolle. Biogas ist ein steuerbarer, grundlastfähiger und systemdienlicher Baustein der Energieversorgung im ländlichen Raum, der zudem eine hohe regionale Wertschöpfungstiefe aufweist, weil sowohl Anlagenbau als auch Rohstoffherzeugung im Land erfolgen – ein deutlicher Unterschied etwa zur Photovoltaik, deren Module und Wechselrichter überwiegend aus China stammen. In Mecklenburg-Vorpommern bestehen rund 500 Biogasanlagen mit einer installierten elektrischen Leistung von etwa 270 MW; hinzu kommt eine Biomethan-Einspeisung ins Erdgasnetz von rund 70 Mio. m³ pro Jahr beziehungsweise etwa 745 GWh pro Jahr. Für viele Bestandsanlagen endet jedoch bekanntlich die 20-jährige EEG-Förderung. Ein Weiterbetrieb von Biogasanlagen im Stromsektor wäre aufgrund der Grundlastfähigkeit, aber auch der Abwärmepotenziale unbedingt wünschenswert. Hierzu sind jedoch die Hemmnisse im Strombereich für Biogasanlagen abzuwenden. Diesbezüglich ist der Bund weiterhin gefordert, die angekündigten Gesetzesänderungen wie z.B. das Netzanschlusspaket, das sich zur Zeit immer noch in der Ressortabstimmung auf Bundesebene befindet, in das parlamentarische Verfahren zu überführen. Hier Potentiale liegenzulassen, wäre verantwortungslos“, so Backhaus.